



Evangelische Kirche von Westfalen

**Landessynode 2025**

3. (ordentliche) Tagung der  
20. Westfälischen Landessynode

**23.11. – 26.11.2025**

**Mündlicher Bericht  
der Präses**

**Überweisungsvorschlag:**

Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen, 24. November 2025

Mündlicher Bericht der Präses

Die Verheißung: „Siehe, ich mache alles neu!“ (Jahreslosung 2026)

Hohe Synode, liebe Synodale, liebe Gäste: Am Anfang steht die Verheißung. Gott spricht. Nicht wir. Er schafft neu. Auch uns. Gott erneuert radikal anders als wir das tun.

Trotzdem: Wir sind Teil dieser Erneuerung. Und das macht etwas mit uns. Die Kirche, die an den Gott glaubt, der seiner Welt das Neuwerden zu-mutet, kann nicht anders als sich selbst Veränderbarkeit zuzumuten. Es geht um die Haltung der Offenheit und Selbstkritik. Wenn Gott sagt: Ich mache alles neu, heißt das implizit. Das ist auch nötig. Die Welt, die Kirche ist nicht so, wie sie von Gott her sein könnte.

Die Westfälische Kirche steht in tiefgreifenden Transformationsprozessen. Mit meiner Wahl im Mai dieses Jahres habe ich die Aufgabe angenommen, das Präsesamt und die Leitungsstrukturen mit vereinten Kräften einer Revision zu unterziehen. Das ist kein Selbstzweck. Es geht darum, der längst veränderten gesellschaftlichen und kirchlichen Situation Rechnung zu tragen. Dies verstehe ich auch als geistlichen Prozess.

Kirche zu sein angesichts einer Glaubenskrise heißt: Sowohl unsere Strukturen als auch unsere innere Haltung bedürfen der Wandlung, um glaubwürdig zu bleiben. Das ist nichts Kurzfristiges. Das ist ein strategischer, ein gemeinsamer geistlicher Prozess. Er umfasst sowohl institutionelle und organisatorische als auch sehr persönliche, geistliche Dimensionen. Es geht um eine tiefgreifende Haltungsfrage.

Und damit komme ich zu den Hausaufgaben, zu den Lessons learned:

Lessons Learned in zehn Punkten: „Prüfet alles, das Gute behaltet“ (Jahreslosung 2025)

*Erstens: Wir bewegen uns als Kirche in ökumenischer Gemeinschaft.*

Ökumene ist ein großes und gut bestelltes Feld in der Westfälische Kirche. Das ist kein Selbstläufer. Es bedarf viele Begegnungen, Kontakte, Personen. Ich habe seit meiner Einführung, meiner Stellungnahme zum 7. Oktober und meiner Reise nach Israel prägnante Erfahrungen als Präses gesammelt. Bischof Ibrahim Azar (palästinensischer Bischof der Evangelisch-lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land, ELJHCL) hat ich mich am 15. Juni bei meiner Einführung gesegnet. Der liberale Rabbiner Gabór Lengyel hat mir den hebräischen Segen zugesprochen. Beides bedeutet mir sehr viel. Beide Männer haben sich hier im Assapheum bei meiner Einführung ausgetauscht. Das war ein Moment des Dialogs und der Verständigung. Ein Highlight meiner Einführung, ganz im ökumenischen Geist der Westfälischen Kirche

Vor diesem Hintergrund der doppelten Verbundenheit und Solidarität habe ich in Jerusalem eine schwierige Situation, die sich im Reformationsgottesdienst ergeben hat, erlebt. Sie war durch die Verwendung des Begriffs Völkermord ohne Hinweis auf den Überfall der Hamas in der Predigt bzw. deren Übersetzungen ins Deutsche und ins Englische entstanden. Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Abraham Lehrer, hat sich im Zuge dessen genötigt gesehen, den Gottesdienst, den er als Brückenbauer bewusst besucht hat, zu verlassen. Dadurch war im Gottesdienst eine erhebliche Irritation entstanden, die ich in meinem Grußwort eingeordnet und zur Sprache gebracht habe. Im Nachgang zum Gottesdienst habe ich den Umstand, dass ausgerechnet ein international angelegter christlicher Gottesdienst am Reformationstag in Jerusalem einen Juden zum Verlassen des Gottesdienstes genötigt hat, als Stolperstein, als „Skandalon“ (im Neuen Testament das Wort für Skandal) bezeichnet und mich dafür bei Abrahama Lehrer als Vertreterin der Kirche entschuldigt. Das hat hier in Deutschland scharfe Reaktionen hervorgerufen. Mir ist wichtig festzuhalten:

Mit Bischof Azar habe ich kurz nach meiner Rückkehr telefoniert. Wir stehen in einem guten und ehrlichen Gespräch. Selbstverständlich werde ich zu seiner Verabschiedung und zur Einführung seines Nachfolgers, Bischof Hadat, fahren. Mit den Unterzeichnerinnen des Offenen Briefes, den über 600 Personen unterschrieben haben und der Kritik an meiner Intervention formuliert, habe ich gemeinsam mit Bischöfin Springhart aus Baden und Bischof Stäblein aus Berlin das Gespräch gesucht. Wir haben uns ehrlich ausgetauscht und möchten den Diskurs aus unterschiedlichen Perspektiven weiterführen.

Es ist meines Erachtens unstrittig, dass wir gute Beziehungen zu unseren palästinensischen Geschwistern pflegen. Die Unterstützung und Verbundenheit mit der ELJHCL ist eine Aufgabe, der ich mich und wir uns in der EkvW zutiefst verpflichtet fühlen. Die Ökumene mit den arabisch sprechenden Schwestern und Brüdern, die unter dramatische Bedingungen leben und überleben, darf nicht gegen den christlich-jüdischen Dialog ausgespielt werden (und umgekehrt).

Ebenso unstrittig ist ein zentrales Anliegen der Kirche, sich für die Erneuerung des Verhältnisses von Kirche und Judentum, einzusetzen. Das ist heute bitterer nötig denn je angesichts eines explodierenden Antisemitismus auf unseren Straßen.

Ich bin in meiner Berufsbiographie vom christlich-jüdischen Dialog geprägt. Das prägt mich auch in meinem Wirken als Präses. Ich halte es für die westfälische Kirche für konstitutiv, sich der Erneuerung des Verhältnisses von Kirche und Judentum nach Jahrhunderten antijudaistischer Vorurteile und Verfolgung des jüdischen Volkes intensiv zu widmen. Diese Erneuerung ist kein Selbstläufer. Sie ist im Gegenteil verletzlich.

Gleichzeitig begegne ich den palästinensischen Geschwistern und sehe und erlebe, unter welch dramatische Bedingungen sie leben und ihrerseits im Kontext der mehrheitlich muslimischen Palästinenser keinen leichten Stand haben. Ich möchte die Brückenbauer stärken. Bischof Azar ist einer davon. Deshalb war die Situation rund um den Reformationstag eine schmerzliche Erfahrung für mich.

*Zweitens:*

*Wir halten Stand: als diakonische Kirche für Gerechtigkeit, gerade angesichts von Angriffen auf die religionsfreundliche Zusammenarbeit des demokratischen Staates mit den Kirchen.*

Mit großer Sorge nehme ich die derzeitige Priorisierung der Politik wahr, die Anzahl der Abschiebungen zu steigern. Ich erinnere an eine der „Zehn Überzeugungen aus evangelischer Sicht“: „Heute hat das Recht auf Asyl im Flüchtlingsrecht seinen Platz, vor allem in der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen, der EU-Grundrechtecharta und der Europäischen Menschenrechtskonvention. In Deutschland ist die Aufnahme von politisch Verfolgten im Grundgesetz verbrieft. **Kirche und Diakonie verteidigen die Rechte von Menschen auf dem Weg – und setzen sich dafür ein, dass die Bedürfnisse von denen, die kommen, und die Interessen von denen, die aufnehmen, zusammengebracht werden.** (EKD, *Zehn Überzeugungen zu Flucht und Integration aus evangelischer Sicht, Neuauflage 2025*).

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich das vielfältige Engagement vor Ort in den Kirchenkreisen und Superintendenturen würdigen, die Botschaft der christlichen Nächstenliebe, des Zusammenhalts in der Gesellschaft und des christlichen Menschenbildes angesichts von rechtspopulistischen Hassparolen zur Sprache zu bringen. Das geschieht auf verschiedene Weise, durch Gottesdienste, Gesprächsabende und anderes. Der Kirchenkreis Minden unterstützt zum Beispiel im Rahmen des Pilotgrammes NeST („Neustart im Team“), einem Bundesprogramm, in dem Staat und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten, eine Familie aus Syrien.

Ich halte es für wichtig, Erfahrungen auszutauschen und Unterstützung in der Landeskirche zu ermöglichen.

Im Gespräch mit der Diakonie RWL und der Diakonie Deutschland ist mir deutlich geworden: Die gute Zusammenarbeit von Staat und Kirche in Deutschland, die der Kirche eine aktive zivilgesellschaftliche Rolle zuweist und die entsprechende Arbeit, gerade auch im Bereich der Unterstützung vulnerabler Gruppen unterstützt, ist ein hohes Gut. In dieser Perspektive müssen wir wachsam bleiben und die Kontakte und Kooperationen im Bereich von Diakonie und verfasster Kirche stärken.

Die Landeskirche hat in diesem Bereich die Aufgabe der Bereitstellung von Erfahrungswissen, Fachwissen und Vernetzungskompetenz, um die Kirchenkreis und Gemeinden professionell begleiten und beraten zu können.

*Drittens:*

*Wir bleiben als protestantische Kirche präsent in der Gesellschaft. Das ist in zwei Feldern wichtig: Als Bildungsreligion stehen wir unter anderem zum Religionsunterricht und zu Evangelischen Schulen, als pluralitätsfreundliche Kirche bejahen wir konfessionelle Kooperation und das Gespräch mit anderen Religionen.*

Die Landeskirche fördert den Religionsunterricht und das Modell des Konfessionell Kooperativen Religionsunterrichts (KoKoRu) an öffentlichen Schulen. Es wird noch mehr als bisher darum gehen müssen, die Anmeldung zum Religionsunterricht bei Eltern, die nicht Mitglied der Kirche

sind, aktiv zu bewerben. Mein Antrittsbesuch bei Bildungsministerin Feller hat gezeigt, wie sehr die Ministerin den Religionsunterricht als Beitrag zur demokratischen Bildung schätzt und fördert. Die Auseinandersetzung mit dem christlichen Menschenbild und christlicher Lebensführung ist wesentlicher Teil von Allgemeinbildung. Die hohe pädagogische und fachliche Expertise, mit der das Fach Evangelische Religionslehre durch das Pädagogische Institut in Villigst und das Comeniusinstitut in Münster flankiert wird, ist im Kanon der Schulfächer einzigartig. Dies ist der Landesregierung bewusst.

Der Blick in die Zukunft des Religionsunterrichts in Richtung eines interreligiös verantworteten Religionsunterrichts in der Schule bedarf der sorgfältigen Vorbereitung und fachlichen Grundierung. Die evangelische Kirche leistet gemeinsam mit der wissenschaftlichen Religionspädagogik an den Theologischen Fakultäten in diesem Bereich Vordenkerarbeit.

Evangelischen Schulen sind meines Erachtens unverzichtbare exemplarische Orte, an denen Kinder und Jugendliche eine religiöse Sozialisation erfahren. Die Landeskirche prüft derzeit, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die evangelischen Schulen in Trägerschaft der EKWW angesichts des zutage getretenen Investitionsstaus auf verschiedenen Ebenen zu erhalten.

*Viertens:*

*Wir erarbeiten mit Hilfe der „Stabs- und Fachstelle zum Umgang mit Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung“ auf der Grundlage von externen Empfehlungen und mit Beteiligung von Betroffenen Standards der Aufarbeitung („interne Revision“).*

*Wir setzen Standards der Prävention und Intervention konsequent um.*

Derzeit arbeitet die „Stabs- und Fachstelle zum Umgang mit Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung“ an einer sogenannten „internen Revision“. Es geht um Standards im Umgang mit Intervention und Aufarbeitung. Dies entspricht den Empfehlungen der Deloitte-Studie und geschieht im Verbund mit der Diakonie in Rheinland, Westfalen und Lippe und den drei eng kooperierenden Landeskirchen. Im Landeskirchenamt hat ein Workshop mit Superintendent:innen zum Bereich der Aufarbeitung stattgefunden. Weitere Workshops sollen folgen.

Den weiteren Empfehlungen, die durch die Deloittestudie gegeben wurden, gehen wir im Einzelnen nach: Prüfung von Disziplinarverfahren, Seelsorge für Beschuldigte; Schutzkonzepte Kirchenmusik, Umgestaltung der Website.

Die Kirchenleitung hat im ersten Schritt versucht, die Empfehlungen der Deloitte-Studie zur Prüfung von Disziplinarverfahren rund um den Siegener Fall auf dem Weg des Amtshilfeersuchens umzusetzen. Wir haben fünf Landeskirchen um Amtshilfe gebeten. Diese haben Absagen aus verschiedenen Gründen erteilt. Jetzt sind wir im Begriff, den entsprechenden Prüfauftrag an eine externe Kanzlei zu übergeben, die ihre Bereitschaft dazu bereits erklärt hat. Eine Steuerungsgruppe unter Beteiligung der Leiterin der Stabsstelle, Dr. Charlotte Nieße, begleitet diesen Prozess.

Die Schutzkonzepte in den Kirchenkreisen sind noch nicht im erforderlichen Maß vorhanden (s. Statistischer Jahresbericht). Die Landeskirche hat nun eine neue Frist bis Juni 2026 gesetzt. Ziel

ist es, die Schutzkonzepte, die die Landessynode eingefordert hat, tatsächlich vor Ort zu erarbeiten. Die Landeskirche fragt nach den Gründen, warum das Ziel nicht erreicht worden ist.

Zum Schluss betone ich den zentralen Punkt der Betroffenenbeteiligung. Sie steht für die Landeskirche im Vordergrund. Das Betroffenenforum Verbund West zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt hat seine Arbeit aufgenommen. Die Betroffenenvertretung in der URAK (Unabhängige Regionale Aufarbeitungskommission) sind benannt. Die Stabstelle arbeitet darüber hinaus auf verschiedenen Ebenen mit Betroffenen zusammen, etwa bei der Erstellung eines Aufarbeitungsleitfadens, bei der Erarbeitung neuer liturgischer Bausteine und bei Hilfestellungen im Kontext von Zeug:innenbefragungen.

Die Besetzung der Leiterin der Stabsstelle mit der Kriminologin Dr. Charlotte Nieße hat sich als ausgesprochen hilfreichen Schritt erwiesen, den Kulturwandel in den Gremien und quer durch die Ebenen zu stärken und eine neue Diskussionskultur voranzubringen. Ihre Expertise und ihr fachlich bedingter externen Blick als Kriminologin auf kirchliche Strukturen ist nach meinem Dafürhalten unverzichtbar.

*Fünftens:*

*Wir reorganisieren landeskirchliche Leitungsstrukturen, schlagen ein Erprobungsgesetz vor und bringen die Revision der Kirchenordnung voran.*

Mit meiner Wahl war der Auftrag verbunden, das Präsesamt gemeinsam mit den Verantwortlichen in den landeskirchlichen Strukturen zu reformieren. Zu viele, ja praktisch alle Leitungsfunktionen (Synode, Kirchenleitung, Kollegium und vieles mehr) sind an das Präsesamt gebunden. Das führt im Endeffekt zu einer Verantwortungsdiffusion, weil diese Funktionen de facto nicht alle von einer Person ausgefüllt werden können. Als ersten sichtbaren Schritt habe ich die Leitung des Kollegiums des Landeskirchenamtes dauerhaft an den Theologischen Vizepräsidenten delegiert.

Der Rücktritt des Juristischen Vizepräsidenten hat sodann die Frage aufgeworfen, ob es weiterhin bei der ohne Zweifel zügig zu besetzenden Funktion eines Leitenden Juristen der Landeskirche der Funktion und des Titels eines Vizepräsidenten bedarf. Um dies zu prüfen und die Funktion des Leitenden Juristen präzise und angemessen zu beschreiben, legen wir der Synode ein Erprobungsgesetz vor, das uns nicht unter Zugzwang setzt, das bisherige Amt des Juristischen Vizepräsidenten gleichsam automatisch zur Ausschreibung bringen zu müssen.

Wir sind im Rahmen der Reorganisation der Leitungsstrukturen dabei, Verantwortlichkeiten und Entscheidungswege transparent zu ordnen. Macht und Kompetenz muss klar zugewiesen werden, damit sie auch verantwortlich und überprüfbar ausgeübt werden kann.

In einem ersten Schritt haben wir die operative Handlungsfähigkeit verbessert durch die Bildung eines Geschäftsführenden Ausschusses. Dadurch werden schnellere Entscheidungen möglich. Es hat sich als nicht effizient erwiesen, dass alle über alles in allen Gremien sprechen.

Der Geschäftsführende Ausschuss (GA) entlastet die Kirchenleitung von der bisherigen Überfülle operativer Entscheidungen. Der GA wird derzeit aus dem Kollegium heraus gebildet und besteht aus der Präses, dem Theologischen Vizepräsidenten, der Personaldezernentin, dem

Finanzdezernenten, dem Leiter des Dezernates Recht und dem Juristischen Vizepräsidenten. Hier werden Vorlagen der Dezernent:innen zügig entschieden und auf den Weg gebracht.

Die Angehörigen des Kollegiums bilden weiterhin das Kompetenzzentrum der Landeskirche. Die Dezernent:innen treffen sich zielgerichteter in Bereichskollegien und zu strategischen Sitzungen. Sie sollen als Dezernent:innen Entscheidungen in stärkerem Maß als bislang im Rahmen ihrer Kompetenzen treffen und Vorlage nur dann in das Kollegium bzw. den Geschäftsführenden Ausschuss und die Kirchenleitung zur Beratung und Beschlussfassung bringen, wenn dies einer breiteren Beratung bedarf. Dadurch wird der langwierige Gang durch alle Gremien vermieden.

Die Revision der Kirchenordnung:

Flankierend zu diesen Veränderungen bringt die Landeskirche die Revision der Kirchenordnung weiter voran. Die neue Kirchenordnung schafft den verlässlichen Rahmen, der den veränderten Kommunikations- und Lebensbedingungen in Kirche und Gesellschaft Rechnung trägt und ermöglicht so die zeitgemäße Erfüllung des Auftrags der Kirche. Transformationsprozesse erfordern eine stabile Vereinbarung über die Grundlagen unserer Kirche. Die Gestaltung kirchlichen Lebens geschieht lokal und regionale sehr unterschiedlich. Damit dies für die Gesamtheit der Kirche Möglichkeiten erschließt, muss die Orientierung am Auftrag der Kirche klar und die Organisation flexibel sein. Ein vereinbarter Rahmen ermöglicht das gemeinsame Handeln der Westfälischen Kirche und beschreibt die Ausübung der erforderlichen Leitungsfunktionen transparent.

Der Prozess der KO-Revision geht jetzt in die Phase des Stellungnahmeverfahrens. Wünschenswert ist eine breite Beteiligung am Stellungnahmeverfahren. Ziel ist eine Kirchenordnung, die von der breiten Mehrheit der Landeskirche getragen wird und den Geist der Evangelischen Kirche von Westfalen abbildet.

Dem Team des Kirchenordnungsrevisionsprozesses unter Leitung von Dr. Hans-Tjabert Conring sage ich ausdrücklich Dank für ihre nachhaltige und sorgfältige Arbeit.

*Sechstens:*

*Wir erproben neue Wege der Kommunikation, nach innen und nach außen.*

Als Präses leite ich die Superintendent:innenkonferenz. Hier ist mir deutlich geworden, dass wir eine neue Kommunikationskultur und -struktur zwischen Landeskirche und mittlerer Ebene brauchen, um gemeinsam Prozesse auf den Weg zu bringen, etwa neue Formate der Mitgliederkommunikation, Erstellung von Schutzkonzepten, Begleitung und Weiterentwicklung von Interprofessionellen Teams, die gemeinsame Aufgabe des Onboarding von Probeprediger:innen, Entwicklung von Leitplanken im Umgang mit Kirchengebäuden, Überlegungen zu Körperschaftsstatus in der Landeskirche u.v.m.

Diese Kommunikation trägt der Erkenntnis Rechnung, dass wir im gegenseitigen Respekt und gegenseitiger Arbeitsteilung die wichtige Scharnierfunktion der mittleren Ebene und die wichtige Funktion der Landeskirche unterscheiden und jeweils fruchtbar machen.

Wir erarbeiten derzeit ein neues Konzept für die Gestaltung der Superintendent:innenkonferenzen.

Das Stichwort Mitgliederkommunikation ist als gemeinsames Thema identifiziert.

Der Bereich Kommunikation der Landeskirche bedarf eines neuen Konzeptes. Hier stehen vergleichsweise wenig Mittel zur Verfügung. Wie damit eine gute Kommunikation nach außen möglich ist, wird derzeit geprüft. Im Frühjahr steht die Neubesetzung der Stabsstelle Kommunikation durch das Ausscheiden von Wolfram Scharenberg in den Ruhestand an.

*Siebtens:*

*Wir sparen und setzen Ressourcen möglichst wirksam ein.*

Landeskirche hat Einsparung geleistet. Wir haben mithilfe des neuen Finanzdezernenten und des HSK-Teams gezeigt, dass wir auf landeskirchlicher Ebene mit Geld umgehen können (s. Haushaltsrede). Den Konsolidierungspfad werden wir in nächster Zeit noch nicht verlassen. Im Gegenteil. Wir sind jetzt an dem Punkt, eine ganzheitliche gemeinsame Vermögenstransparenz herzustellen. Nur so werden wir als Landeskirche nachhaltig unterwegs sein.

Mit der landeskirchlichen Haushaltssicherung ist ein Meilenstein erreicht – im nächsten Schritt wird es um Einsparungen in der Arbeitsteiligkeit der ganzen EKvW-Gemeinschaft gehen, damit möglichst viel von unseren Ressourcen bei unseren eigentlichen Aufgaben ankommt. Wir werden aushandeln müssen, wofür geben wir in Zukunft unsere Ressourcen einsetzen. Das bedeutet auch, dass wir Dinge nicht mehr machen und mit Ressourcen sparsam umgehen.

Es reicht nicht, an allen Ecken ein bisschen zu sparen – wir brauchen eine klare Strategie und einen neuen Mix aus Bewahrenswürdigem und Neuem, mit dem wir Menschen erreichen.

*Achtens:*

*Wir schöpfen neue Kraft, indem wir Dinge lassen.*

Dinge lassen. Sich neu aufstellen, das ist eine wesentliche Frage: Was machen und brauchen wir *heute*, was brauchen wir nicht mehr. Jedes Handeln bleibt übrigens letztlich exemplarisch, denn jedes Handeln beinhaltet immer eine implizite Entscheidung, was nicht getan wird. Beim Kongress Zukunftsgestalten reloaded war dies meine Hauptbotschaft: Ihr dürft Dinge lassen. Wir sind nicht verpflichtet, überkommene Strukturen, die nicht mehr passen, weiterzuführen. Pfarrerrinnen und Pfarrer, Gemeindepädagoginnen und Gemeindepädagogen brauchen diese Freiheit, um Neues auszuprobieren.

Wir sind dabei, auf RWL-Ebene arbeitsteiliger zu denken und stellvertretend Aufgaben füreinander zu übernehmen (Stellungnahmen, Übertragung von Aufgaben an das Evangelische Büro, Aus- Fort- und Weiterbildung und anderes.

*Neuntens:*

*Wir bringen ein neues Miteinander von kirchlichen Berufen und Ehrenamtlichkeit auf den Weg (Zukunftsgestalten).*

Alle Mitarbeitenden der EKvW wirken an vielen Orten, in vielfältigen Diensten auf verschiedene Weise mit am Auftrag der Kommunikation des Evangeliums. Menschen für die vielfältigen Aufgaben zu gewinnen, sie auszubilden und mit guten Perspektiven zu beschäftigen, sollte deshalb gezielt berufsgruppenübergreifend als gemeinsame Aufgabe einzelner Anstellungsträger:innen innerhalb der EKvW verstanden und ausgestaltet werden.

Die Westfälische Kirche ist im Bereich der Interprofessionellen Teams federführend. Eine wissenschaftliche Studie zur Evaluation der IPTs hat gezeigt, dass diese einer prägnanten Konzeption im Sinn der Idee interprofessioneller Zusammenarbeit sowie einer sorgfältigen Begleitung durch die Leitungsperson bedürfen. Diese Ergebnisse werden derzeit kommuniziert und für die Arbeit der IPTs fruchtbar gemacht.

Vom Auftrag der Kirche herkommend sollte der Pfarrberuf mit seinen theologischen Kompetenzen (Hermeneutische und Pluralitätskompetenz, Befähigung zu eigener Urteilsfähigkeit, öffentliche Repräsentanz) profiliert und von dort aus in Interprofessionelle und andere Teams eingesetzt werden. Wenn wir kompetenzbasiert über den Pfarrberuf und andere Berufe sprechen, können wir anstelle der lange eingeübten „stabilen Negativkommunikation“ konsequent darüber reden, was jede und jeder (beitragen) kann.

Die Westfälische Kirche unternimmt erhebliche Anstrengungen, eine attraktive Arbeitgeberin für theologischen Nachwuchs und Gemeindepädagog:innen zu sein. Ich hatte Gelegenheit am Gemeindepädagogischen Forum der Landeskirche teilzunehmen und habe diese Berufsgruppe als außerordentlich zukunftsorientiert wahrgenommen. Der Kongress Zukunftsgestalten *reloaded* in Lünen hat das neue Miteinander kirchlicher Berufe in den Blick genommen und insgesamt nach neuen Ideen für Kirche auch im Blick auf Ehrenamtliche gefragt (s. das Video im Anschluss an den Bericht).

Neue Aufmerksamkeit bedarf der Beruf der Kirchenmusiker:innen. Mit der neu aufgestellten Hochschule für Kirchenmusik in Witten, die Klassik und Pop zusammenführt, ist ein in der EKD einmaliges Zentrum für Kirchenmusik entstanden. Unsere Aufgabe ist es, den Beruf der Kirchenmusiker:innen attraktiv auszugestalten, auch im Blick auf die schwieriger werdende kirchenmusikalische Ausstattung in der Fläche der Landeskirche.

*Neun Punkte, an denen wir auf dem Weg sind.*

*Ein zehnter Punkt liegt mir am Herzen:*

*Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind Kirche und prägen die Zukunft von Kirche.*

*Wir geben ihnen Raum*

Die Beteiligung von jungen Menschen erfordert eine Perspektivwechsel. Entscheidend ist nicht die Frage, was wir Jugendlichen an Beteiligungsmöglichkeiten anbieten, sondern welche Räume und Formate sie selbst brauchen und ausprobieren möchten.

Junge Menschen sind nicht für die Kirche da, sie sind selbst Kirche.